

Zum Thema

EU-Richtlinie bedroht Innovationsbranchen

von *Ingo Kamps*

Das EU-Parlament hat Ende 2009 eine Änderung der Datenschutzrichtlinie für elektronische Medien beschlossen, die auch die Nutzung so genannter „Cookies“ betrifft. Cookies sind kleine Textdateien, die beim Besuch bestimmter Internetseiten z. B. zur Erleichterung der Website-Bedienung auf dem Rechner des Nutzers gespeichert und mit einem Ablaufdatum versehen werden. Online-Shops speichern z.B. so den aktuellen Warenkorbinhalt, damit er dem potentiellen Käufer nicht verloren geht. Dennoch glauben einige Verbraucherschutzgruppen und das EU-Parlament, hier im Sinne des „Verbraucherschutzes“ aktiv werden zu müssen. Inhaltlich verlangt die Richtlinie, dass der Nutzer Cookies für jede Website explizit erlauben muss – und versetzt dem Instrument damit quasi den Todesstoß.



Der Grund für den angeblichen Handlungsbedarf liegt darin, dass auch die Online-Werbewirtschaft auf die Funktionen von Cookies zurückgreift, um beispielsweise Werbung passgenauer ausliefern zu können. Die Verwendung zu Werbezwecken ist für die Internetwirtschaft ein nahezu unverzichtbares Hilfsmittel geworden, zumal Werbetreibende auf die neuen Möglichkeiten bestehen. Übrigens dürfen Cookies laut Rechtslage bereits jetzt keine personenbezogenen Daten enthalten.

Was das EU-Parlament da unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes beschlossen hat, ist also nichts weiter als eine Wettbewerbsverzerrung zuungunsten von Unternehmen in Europa. Denn natürlich sind lediglich Websites der Europäischen Union betroffen, außerhalb Europas gibt es solche Überlegungen nicht. Betroffen sind überproportional Branchen, in denen die Wettbewerbsfähigkeit vor allem deutscher Unternehmen zum jetzigen Zeitpunkt gut ist.

Und selbst die Nutzer werden sich fragen, ob hier wirklich im Interesse ihres Verbraucherschutzes gehandelt wurde, wenn sich die Nutzung des Webs durch wiederkehrende Zustimmungsprozesse verlangsamt und der Zugang zu Websites sich verkompliziert.

Ingo Kamps ist Stellv. Vorsitzender des OV Gendarmenmarkt

Zum Thema

Gehört mieser Umgang zur Politik?

von *Hartmut Bade*

Warum regt sich in den Medien kein Protest gegen die ständigen Ungezogenheiten der Herren Gabriel, Trittin, Oppermann und anderer?



Ich halte den entgleisten Stil der politischen Auseinandersetzung für gefährlich.

Der Bundespräsident musste nicht gehen. Das sehe ich auch so. Nun aber nachzutreten statt einmal in Ruhe nachzudenken, ist ein unwürdiges Schauspiel. Horst Köhler übertriebene Sensibilität vorzuwerfen und sich kaum mit den miesen Vorwürfen und auch Unterstellungen zu befassen, mit denen er dahin getrieben wurde, ärgert und erschreckt mich.

Michael Wolfsohn schreibt in der Jüdischen Allgemeinen vom 3.6.: „In einer Demokratie muss man auch einstecken können. Das Austeilen wird jedoch immer häufiger zur nationalen, brutalen Kampagne, der viele nicht gewachsen sind. Nicht nur die Spitze unseres Staates muss erneuert werden, auch unser aller Stil!“ - Leider ein ziemlich einsamer Rufer.

SPD und Grüne übertreffen sich im Bundestag genauso wie in Interviews und Talkshows in Verbalinjurien und niveaulosen Unterstellungen. Da lässt man sich als Verfassungsfeind, Unterstützer krimineller Spekulanten usw. beschimpfen und kein Journalist kommentiert das mal kritisch.

Ja, ich nehme das persönlich. Warum auch nicht? Spitzenpolitiker sind kein Freiwild - und brave Parteisoldaten erst recht nicht.

Und wenn er in größter Respektlosigkeit mal eben einen Bundespräsidenten zur Strecke gebracht hat, darf Jürgen Trittin sich anschließend noch in jede Fernsehsendung setzen und grinsend mitteilen, die Regierung sei schuld, die den Präsidenten nicht gut genug unterstützt hätte.

Das macht mich sauer.

Und es macht mich traurig, weil diese Art der Politik sicher nicht viele der Demokratiemüden motiviert, sich wieder mehr zu beteiligen.

Hartmut Bade (OV Wedding) ist Sozial- und Sportpolitischer Sprecher der FDP im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr